Ostfalia
Hochschule für angewandte
Wissenschaften

Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Fakultät Recht
Brunswick European Law School

Pressespiegel 2004

Pressespiegel 2004

Januar

01/2004	Rechtssymposium mit der FH Wolfenbüttel: Erfolg in China - zwischen Kultur und Kommerz (S. 6)	(CDHK aktuell 8/Januar 2004)	1-14
	Prof. Dr. Martin Müller: Die Rezeption des deutschen Rechts in China (S. 8 f.)		
14.01.2004	Ist ein Scheitern der Europäischen Verfassung ein Scheitern für Europa?	(Pressemitteilung ELSA Braunschweig/Wolfenbüttel)	15-16

Februar

15.02.2004	Prof. Dr. Reza Asghari: E-Government	(wisu 02/2004)	17-19

März

07.03.2004	Prof. Dr. Asghari: Liberale Kräfte im Nahen Osten brauchen Europa	(Salzgitter Woche am Sonntag)	20-21
27.03.2004	Wulff: Goslar kein Standort für Fachhochschule	(Braunschweiger Zeitung)	22
30.03.2004	Online-Bürger-Service im Rahmen des Pilotprojekts "Virtuelle Kommune"	(Pressemitteilung der FH)	

April

23.04.2004	Prof. Dr. Saipa fördert den Fachbereich Recht mit 2.000 Euro	(Mitteilung des Fachbereichs)	23
	Prof. Dr. Martin Müller: Beitrag in der NVwZ zum Thema "Die Novellierung der Handwerksordnung 2004", S. 403-412	(NVwZ 2004)	
23.04.2004	Zweite Diplomfeier des Fachbereichs Recht	(Mitteilung des Fachbereichs)	24-25
26.04.2004	Erstes gemeinsames Seminar mit der Universität Münster	(Mitteilung des Fachbereichs)	26-27

Mai

06.05.2004	Ein Kontinent des Friedens - Festakt zum Europatag in der Fachhochschule	(Braunschweiger Zeitung)

10.05.2004	Prof. Dr. Matthias Pierson: Softwarepatente - Meilensteine und Kategorien im Spiegel der patentrechtlichen Rechtsprechung Softwarepatente - technische und patentrechtliche Grundlagen Softwarepatente - Meilensteine der patentrechtlichen Rechtsprechung Softwarepatente - Kategorien aus patentrechtlicher Sicht	(JurPC, Internet-Zeitschrift für Rechtsinformatik, Ausgabe vom 10.05.2004)	
15.05.2004	WJFH wählt neuen Vorstand	(Mitteilung des WJFH)	28
19.05.2004	Prof. Dr. Reza Asghari neuer Vorsitzender vom Sender TV 38	(Braunschweiger Zeitung)	
Juni			
Juni 2004	Prof. Dr. Martin Müller: Elektronische Vergabe ante portas	(NJW 2004, Heft 25, 1768 ff.)	
21.06.2004	Prof. Dr. Pierson mit dabei: "Software und Patente" - Runder Tisch mit Bundesjustizministerin Zypries	(Bundesministerium der Justiz)	29
August			
26.08.2004	"Der Bürger soll sich endlich auch als Kunde fühlen" Fachhochschule und Software helfen Wolfenbüttel, die Verwaltung zu straffen	(Braunschweiger Zeitung)	
Oktober			
08.10.2004	Seminar: Schutz des geistigen Eigentums und internationale Lizenzverträge	(Die Zeit)	
19.10.2004	Mut machen mit KMU-Management	(Braunschweiger Zeitung)	
November			
November 2004	Prof. Dr. Winfried Huck als unabhängiger Experte: Appraisal for France of the Safety of the Transport of Radioactiv Material	(Report der Internationalen Atomenergiebehörde)	

04.11.2004	Einfacher und schneller Erster E-Government-Day an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	(Braunschweiger Zeitung)	30
05.11.2004	"Klare Rechtslage schafft Vertrauen" Deutsch-chinesische Tagung bei Siemens - Über 30 Firmen der Region haben Geschäftsbeziehungen zu China	(Braunschweiger Zeitung)	
12.11.2004	Prof. Dr. Winfried Huck: Meilenstein auf dem Weg ins WTO-System - Chinas neues Außenhandelsgesetz (Foreign Trade Law)	(Newsletter Chinesisches Zentrum Hannover e.V., Ausgabe 3/2004)	

CDHK

Chinesisch-Deutsches Hochschulkolleg
Tongji-Universität Shanghai

同濟大學中德學院

CDHK-aktuell 08/Januar 2004

Editorial

Das Jahr des Affen wird von vielen Chinesen in einem Atemzug mit Sun Wukong genannt, dem legendären Affenkönig aus dem klassischen chinesischen Roman "Die Reise nach dem Westen". Unbändig, voller Energie und Tatendrang symbolisiert Sun Wukong zugleich den Drang nach Freiheit und einem Leben ohne Zwänge, aber auch die Beschränkung durch die Realität.

Letzte Kontrolle der Verträge — DAAD-Generalsekretär Dr. Christian Bode und CDHK-Direktor Prof. Dr. Wan Gang

Die Suche nach einer Balance zwischen Selbständigkeit und bestehenden Bindungen ist nicht das schlechteste Motto für das Chinesisch-Deutsche Hochschulkolleg im Jahr des Affen, das Energie und Aktivitäten verspricht.

Mit der Unterzeichnung des zweiten Kooperationsvertrages zwischen Tongji-Universität und Deutschem Akademischem Austauschdienst (DAAD) hat am 18. Oktober 2003 offiziell die zweite Fünf-Jahres-Phase für das CDHK begonnen. DAAD-Generalsekretär Dr. Christian Bode sprach bei der Unterzeichnung von "einem neuen Kapitel, nicht einfach einer Verlängerung".

Das CDHK wird nun schrittweise zu einer eigenständigen Organisation mit zunehmend unabhängiger Verwaltung übergehen und dazu in den einzelnen Fachbereichen Kooperationspartner in Wissenschaft und Wirtschaft suchen müssen.

Bode sieht die intensive Zusammenarbeit am CDHK nach wie vor als Sonderfall im internationalen Wissenschaftsaustausch: "Es ist einmalig, dass sich so viele Stifter zur Mitarbeit bereit gefunden haben."

Über eine neue Stiftungsprofessur aus Österreich berichten wir in dieser Ausgabe, ferner über einen Infineon-Unternehmenstag. Im Bereich Wissenschaftsaustausch beschäftigen wir uns mit dem deutsch-chinesischen Rechtsdialog. Prof. Dr. Martin Müller von der Fachhochschule Braunschweig beschreibt in einem Gastbeitrag die Rezeption deutschen Rechts in China.

CDHK

Inhaltsverzeichnis
目录

Editorial 前言	1
Joint-Lab mit Infineon für Automotive-Forschung—汽车实验室为中国汽车用户寻求低成本解决方案	2-3
Österreichische Stifter bringen europäisches Flair – 来自奥地利的基金教席	4
Neues Alumni-Netzwerk für chinesische Studenten—新的同学会通讯网	5
Rechtssymposium "Erfolg in China" - 成功在中国：法律、经济和文化	6-7
Gastbeitrag. Die Rezeption des deutschen Rechts in China—德国法律在中国	8-9
Deutsche Literatur in China: Guter Ruf– geringe Nachfrage—德国文学在中国 –声望高，销路少	10-11
Menschen – Infos – Veröffentlichungen 人物介绍– 出版信息	12-13
In Kürze – Semestervorschau 简讯– 记事日历	14
Impressum 版本说明	14

本学期第一期 CDHK – aktuell 内容摘要

新年伊始，中国人又迎来了欢乐的猴年，自然而然地令人想起传说中的“孙悟空”聪明灵活、积极进取的形象。去年10月18日在签定中德学院第二个五年计划时，DAAD的总秘书长博德博士提到，这不仅仅是延长一个计划，更是投入一笔新的资本。

目前，中德学院已有21项基金教席，以及有德国各大公司赞助的教室。更值得一提的是又新获得奥地利的一项Infineon 教席。在学术方面展开热烈对话。

中德学院在新的一年里将更加生机勃勃，在科学和经济领域中进一步合作、进取。

Forschungskooperation vertieft

Joint-Lab mit Infineon für Automotive-Forschung

汽车实验室为中国汽车用户寻求低成本解决方案

中国汽车市场的飞速发展，促进了Infineon和中德学院之间的科研合作。虽然在Infineon公司芯片的销售额中，汽车电子芯片排在移动通信芯片之后，但是中国消费者对高档汽车日益增长的需要，使得对汽车领域的电子化解决方案的需求不断增加。

随着汽车研究实验室在中德学院的建立，德国芯片制造商Infineon与同济大学的合作又迈上了一个新的台阶。为了寻求汽车电子元件成本的优化方案，作为联合实验室的带头人吴志红教授已经着手开展了汽车电子项目的研究。

半导体芯片生产商Infineon公司的亚太区经理Loh Kin Wah高度评价了Infineon公司与中德学院的合作，因为对Infineon公司而言，不仅要找到个合适的生产和销售伙伴，而且也要在研发领域始终处于领先地位。

目前Infineon公司在北京、上海、杭州、成都、西安、天津和长春与中国高校有合作关系，其中与中德学院的合作是最重要的一部分。这种合作使得高校对企业的吸引力不断增加。因此，在Infineon公司之后，美国的Motorola公司也与同济大学开展了类似形式的合作。

Prof. Dr. Wu Zhihong mit Infineon-Asien-Chef Loh Kin Wah im neuen Joint-Lab. Fotos: Feldmann

Mit der Einrichtung eines Automotive-Forschungslabors am Chinesisch-Deutschen Hochschulkolleg hat der deutsche Chipkonzern Infineon in diesem Semester einen neuen Schritt in Sachen Bildungsförderung getan. Prof. Dr. Wu Zhihong, Leiter des Joint-Lab und Inhaber des Infineon-Stiftungslehrstuhls am CDHK, hat inzwischen die Arbeit an ersten gemeinsamen Projekten zur Automobilelektronik aufgenommen. Ziel ist unter anderem die Kostenoptimierung elektronischer Auto-Komponenten.

Wachstumsmotor Automarkt

Hintergrund des Interesses an Forschungskooperationen im Automotive-Bereich ist das rasante Wachstum des chinesischen Automobilmarktes. Zwar liegt Automobil-Elektronik vom Umsatz her bei Infineon noch deutlich hinter der Mobilfunkkommunikation, doch mit den steigenden Ansprüchen der chinesischen Verbraucher an qualitativ hochwertigen Autos wächst die Nachfrage nach elektronischen Lösungen im Auto.

Allein ein Türmodul inkl. Rückspiegel umfasst heute nahezu 50 Steuereinheiten. Ziel sei es, den Wert der Chips in einem Auto von derzeit 200 auf 300 Dollar innerhalb der nächsten Jahre zu erhöhen, erklärt Loh Kin Wah anlässlich der Eröffnung des Joint-Lab im September 2003.

Glasfasertechnologie bringt neuen Schub

Voraussetzung eines steigenden Elektronikanteils ist nach Worten von Loh Kin Wah langfristig

Drittmittelforschung

Wirtschaft erwartet handfeste Forschungsergebnisse

die Glasfasertechnologie. Glasfasern als Ersatz für den herkömmlichen, schweren Kupferdraht sparen rund 40 Kilogramm ein und machen damit den Weg frei für weitere Chip-Komponenten. Gedacht wird auch beispielsweise an funkgesteuerte Reifendruckmesser, die sowohl der Sicherheit als auch der Energiesparung zugute kommen sollen.

Pierre Meyer (links), Prof. Wu Zhihong und Loh Kin Wah im AutomotiveLabor am CDHK.

Im Joint-Lab am CDHK geht es hingegen zunächst einmal um Kostenoptimierung. Automatische Fensterheber und Türverriegelung sowie elektronisch steuerbare Außenspiegel gelten für chinesische Autokäufer anders als für europäische längst noch nicht zur Standardausrüstung. „Wir suchen nach Low-Cost-Lösungen für diese Funktionen, das wird unser erster Beitrag zur Automotive-Industrie in China“, sagt Wu Zhihong.

Kooperationen gesucht

Der Asien-Pazifik-Chef des Münchner Halbleiterherstellers Infineon Loh Kin Wah hat die Ziele hoch gesteckt. Bis zum Jahr 2008 soll der deutsche Chipkonzern auf dem chinesischen Markt vom sechstgrößten Anbieter auf die Spitzenposition rücken. Dabei geht es nach Worten von Loh Kin Wah, Präsident von Infineon Technologies Asia-Pacific, darum, nicht nur in Produktion und Vertrieb die richtigen Partner zu finden, sondern auch in Forschung und Entwicklung.

Infineon an acht Unis aktiv

Insgesamt engagiert sich Infineon derzeit an acht chinesischen Universitäten in Peking, Shanghai, Hangzhou, Chengdu, Xian, Tianjin und Changchun. Die älteste Kooperation mit der Pekinger Qinghua-Universität reicht in das Jahr 1998 zurück. Am CDHK will das Unternehmen, das auch die Stiftungsprofessur von Wu Zhihong finanziert, langfristig den wichtigsten Teil der Automotive-Forschung in China konzentrieren. Auch in ein Trainingslabor für Studenten hat Infineon investiert.

Wandel der Hochschulkontakte

Die Beziehungen deutscher Unternehmen zu chinesischen Hochschulen haben sich nach Beobachtungen von Pierre Meyer, zuständig bei Infineon für die Universitätskontakte, in den vergangenen Jahren spürbar gewandelt. Hatten Universitätskontakte in den 90er Jahren vielfach noch eher symbolischen Charater als Ausweis sozialen Engagements, so sind Wirtschaftsunternehmen heute immer stärker an konkreten Projekten interessiert und erwarten dabei handfeste Resultate.

"Beide Seiten müssen sich involvieren"

„Gefragt sind Konzepte, die allen Beteiligten Nutzen bringen. Aber natürlich muss sich jeder mehr involvieren“, sagt Meyer. Von dem hohen Praxisbezug der Forschung profitierten letztlich auch die Studenten. Wo investiert wird, sei in erster Linie eine Vertrauensfrage und werde auch am Erfolg der jeweiligen Projekte gemessen.

Attraktiver Praxisbezug

Der Praxisbezug macht jedenfalls die Universitäten zunehmend attraktiver für Unternehmen. Längst konkurrieren nicht mehr nur Universitäten um Wirtschaftskontakte, sondern auch die Unternehmen beobachten genau, welche Wettbewerber am Campus vertreten sind. So präsentierte sich nach Infineon im Wintersemester auch der amerikanische Motorola-Konzern mit einem Unternehmenstag an der Tongji-Universität.

Anja Feldmann, DAAD-Lektorin

Infineon gehört zu den Sponsoren des CDHK

Fahrzeugtechnik

Österreichische Stifter bringen europäisches Flair

CDHK-Direktor Prof. Dr. Wan Gang mit der österreichischen Außenministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner

AVL李斯特基金教席的成立标志着奥地利的企业也开始资助中德学院的运作。2003年11月6日中德学院院长、同济大学副校长万钢教授在教席的签约仪式上说："这是第一个德国之外、欧洲范围以内的基金教席。"

奥地利外交部长Benita Ferrero-Waldner女士对李斯特家族在促进中奥交流方面所发扬的先锋作用表示了赞赏，并希望奥地利经济界和企业界为来自中国的学生提供实习机会。

除了资助由倪计民教授主持的中德学院内燃机基金教席之外，AVL李斯特股份有限公司还与同济大学签署了合作意向书，将在交通工程领域开展合作项目。另外，AVL李斯特公司还将为同济大学在安亭汽车城新建的技术中心提供检测设备和试验工具。之前，这家以研发传动系统、发动机测量技术和测试系统为核心的企业刚刚为其在浦东投资1200万美元兴建的测试研究中心举行了落成典礼。

同济大学和李斯特家族的友好关系可以追溯到1926年，当时Hans List先生第一次来到同济大学担任教授。AVL李斯特公司现任董事会主席Helmut List博士教授告诉记者：当时获得这一职位的前提条件是具有德国公民身份，他的父亲因此而获得该职位。

截至1932年，公司创始人Hans List先生一直在上海生活教书，在同济的这段时光对他的一生以至家族都有影响。20年来，李斯特基金会开始每年资助一名同济学生到公司所在地Graz研修学习。

费安雅 翻译：邹小珍

Mit dem AVL-List-Stiftungslehrstuhl für Verbrennungsmotoren engagiert sich erstmals ein österreichisches Unternehmen am Chinesisch-Deutschen Hochschulkolleg (CDHK) in Shanghai. „Es ist der erste Stiftungslehrstuhl, der in den europäischen Raum hinausgeht", sagte Prof. Dr. Wan Gang, Direktor des CDHK und Vizepräsident der Tongji-Universität bei der Unterzeichnung am 6. November 2003.

Die österreichische Außenministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner würdigte die Unternehmerfamilie List als Vorreiter in den chinesisch-österreichischen Beziehungen und forderte die Wirtschaft auf, ihre Unternehmen für Praktikanten und Studenten aus China zu öffnen.

Zusammen mit dem Stiftungslehrstuhl für CDHK-Professor Ni Jinmin wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen er Tongji-Universität und der AVL List GmbH unterzeichnet. Angestrebt werden gemeinsame Projekte unter anderem im Verkehrswesen. Außerdem soll AVL List künftig Prüfgeräte und Testinstrumente für das neue Ingenieurzentrum der Tongji in der Autostadt Anting liefern. Am Tag zuvor hatte das Unternehmen, das seinen Schwerpunkt in den Bereichen Entwicklung, Antriebssysteme, Motorenmesstechnik und Testsysteme hat, eine 12 Millionen-Dollar teure Test- und Forschungseinrichtung in Pudong eingeweiht.

Die Beziehungen zwischen der Tongji-Universität und Familie List reichen in das Jahr 1926 zurück, als Hans List eine Professur an der Universität antrat. Voraussetzung sei die deutsche Staatsbürgerschaft gewesen, die sein Vater damals für diese Stelle angenommen habe, sagte Prof. Dr. h.c. Helmut List, Vorsitzender der AVL List-Geschäftsführung.

Firmengründer Hans List lebte und lehrte bis 1932 in Shanghai und blieb der Tongji Zeit seines Lebens verbunden. Die List Stiftung ermöglicht seit 20 Jahren jährlich einem Tongji-Studenten einen Studienaufenthalt am Firmensitz in Graz.
af

Neues Alumni-Netzwerk
Deutschlandstudenten gelten als interessante Partner

Mit einem neuen Alumni-Netzwerk will der Deutsche Akademische Austauschdienst in China die Deutschland-Beziehungen ehemaliger chinesischer Austauschstudenten fördern und ein umfassendes Austauschforum bieten. Das Projekt werde vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung BMWF gefördert, sagte Dr. Thomas Schmidt-Dörr, Leiter der DAAD-Außenstelle in Peking.

Bisher beschränken sich Freundeskreise nur auf kleine Kreise ehemaliger Geförderter. So gibt es beispielsweise einen Verein ehemaliger Humboldt-Stipendiaten.

"Wir wollen den Fokus deshalb auch nicht so sehr auf DAAD-Stipendiaten setzen", sagt Schmidt-Dörr. Damit werde nur ein relativ kleiner Personenkreis erfasst gemessen an den rund 15.000 Chinesen, die derzeit offiziell zu Studien- und Fortbildungszwecken in Deutschland sind.

Auch Selbstzahler erreichen

Zielgruppe des neuen Netzwerks seien unter anderem die zahlreichen Selbstzahler, die ihren Studien- oder Forschungsaufenthalt eigenständig organisiert haben, oder Chinesen, die zur beruflichen Fortbildung in Deutschland waren. Ihnen fehlt nach der Rückkehr aus Deutschland häufig die Möglichkeit, sich über die Auslandserfahrung mit Gleichgesinnten auszutauschen oder sich über aktuelle Entwicklungen im ehemaligen Gastland auf dem Laufenden zu halten.

Dr. Schmidt-Dörr

Dabei entwickelt diese Gruppe nach Beobachtung Schmidt-Dörrs häufig solide Bindungen an Deutschland und ein hohes Interesse.

Wirtschaft interessiert an Kontakten

Nicht zuletzt sind diese Gruppen aufgrund ihres engen Deutschlandbezugs auch für deutsche Unternehmen interessante potentielle Partner für das Chinageschäft.

Kommunikationsmedium wird der dreisprachige Newsletter "DAAD China Info", der zwei Mal jährlich an den Kreis verschickt werden soll. Auch an spezielle Branchenveranstaltungen mit deutschen Firmen in China wird gedacht.

Interessenten können sich unter der Email-Adresse alumni@daad.org.cn bei Frau Ren Qiaozhi registrieren lassen. Das Projekt läuft zunächst bis 2005.

Ausländische Studenten in Deutschland
Nur jeder zweite schafft das Examen

Nach Schätzungen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) erreicht nur jeder zweite ausländische Student in Deutschland einen Studienabschluss. Bei den Deutschen seien es etwa 70 Prozent — beides sei zu wenig, teilte der DAAD im Dezember 2003 mit.

Grundlage der Schätzung war eine Pilotstudie der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) zu Studienverläufen ausländischer Studierender, die der DAAD an vier deutschen Hochschulen (RWTH Aachen, Universität Bielefeld, HAW Hamburg und LMU München) in Auftrag gegeben hatte.

Der Erhebung zufolge hat nur knapp ein Drittel eines Anfängerjahrgangs an denselben Hochschulen auch Examen gemacht. Wird der Universitätswechsel berücksichtigt, dürften insgesamt rund 50 Prozent das Examen schaffen.

Notwendig sind nach Ansicht des DAAD eine erfolgsorientierte Auswahl der ausländischen Studenten und eine bessere Betreuung, um die Erfolgsquoten im Studium zu erhöhen und Studienprobleme rechtzeitig zu erkennen.

Zwar seien die Gründe für den jeweiligen Hochschulwechsel noch nicht bekannt, ein großer Teil des "Schwunds" sei jedoch auf akademische Schwächen – der aufnehmenden Hochschulen wie der einzelnen Studierenden zurückzuführen, hieß es in der Auswertung.

Quelle: DAAD, 8. Dezember 2003

Rechtssymposium mit der FH Wolfenbüttel

Erfolg in China — zwischen Kultur und Kommerz

Unter dem Titel „Erfolg in China – Rechtswissenschaft, Wirtschaft, Kultur“ haben die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel und der Lehrstuhl für Wirtschaftsverwaltungsrecht am CDHK im Oktober das zweite deutsch-chinesische Rechtssymposium organisiert. Gefördert wird der Austausch von Transrapid International, einem Gemeinschaftsunternehmen von Siemens und Thyssenkrupp

Mehr als 30 deutsche und chinesische Juristen diskutierten die rechtlichen und kulturellen Voraussetzungen und Probleme unternehmerischer Tätigkeit in China sowie die vielfältigen Beziehungen zwischen Rechts- und Unternehmenskultur. Dabei wiesen die Teilnehmer ungeachtet der unterschiedlichen Gesetzeslage auf zahlreiche ähnliche Probleme in den Rechtssystemen beider Länder hin.

Neben der Frage nach der Rezeption deutschen Rechts in China (*siehe Gastbeitrag*) ging es nicht zuletzt um praktische Fragen des internationalen Vertragsrechts und des Wettbewerbsrechts. In diesem Zusammenhang diskutierten die Teilnehmer Maßnahmen zum Schutz vor Korruption und wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei Ausschreibungen sowie Probleme der Implementierung des Ausschreibungsgesetzes bei Bauprojekten der öffentlichen Hand.

Auch Themen wie die Gestaltung von Lizenzverträgen nach dem chinesischen Kartellrecht, der Schutz von Geschäftsgeheimnissen sowie Fragen des Arbeitsrechts und Unternehmenskaufs wurden erörtert.

Aus Sicht eines deutschen Unternehmens schilderte Siemens-Manager Reinhard Grolms (Siemens Transportation Systems AG) die Vergabe und –abwicklung von Projekten in China.

Der Ablauf der Projektabwicklung umfasst seinen Worten zufolge mehr als zehn Schritte – von Kenntnisnahme der Ausschreibung über Beurteilung der Marktsituation, Projektanalyse nach Risiken und Chancen, „Go/NoGo-Entscheidung“, Projektakquisition, Bearbeitung der Ausschreibung, Bewertung von Risiken und Chancen, bis hin zu Vertragserstellung und –verhandlung. An die Abnahme durch den Kunden schlössen sich Projektabschluss und After Sales Service an.

Die Teilnahme an Ausschreibungen sei für ausländische Unternehmen in China aufgrund des fremden kulturellen Umfelds und des sich daraus ergebenden anderen Verhandlungsablaufs sehr aufwendig. Als hilfreich hätten sich aus Siemens-Sicht daher gemischte Verhandlungsgruppen mit chinesischen und deutschen Mitarbeitern erwiesen.

Auf die Stärkung des Dialogs zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ging Egbert Lindner, Ministerialrat im niedersächsischen Kultusministerium, in seinem Überblick über die Hochschulförderung des Landes Niedersachsen ein. Ziel sei neben der kontinuierlichen Evaluierung von Projekten die Schaffung von Forschungsverbänden zur Bündelung von Forschungsaktivitäten an Hochschulen, Forschungsinstituten sowie in der freien Wirtschaft, um Kapazitäten optimal zu nutzen und die bisherige Förderpraxis zu verbessern.

Frau Li Li ist Assistentin im Bereich Wirtschaftsrecht am CDHK

Prof. Gao Xujun und Prof. Wang Weida (CDHK) mit den Kollegen der juristischen Fakultät der FH Braunschweig/Wolfenbüttel Prof. Dr. Martin Mueller (2. v. l.) , Prof. Dr. Winfried Huck—Dekan des Fachbereichs Recht und Vizepräsident der FH (Mitte), Prof. Dr. Achim Rogmann (rechts). Foto: Feldmann

成功在中国：法律、经济和文化
——第二届中德研讨会综述

2003年10月15日至16日，第二"成功在中国"届中德研讨会在西门子-蒂森克虏伯股份公司的资助下在同济大学中德学院202报告厅隆重召开。会议议题为“成功在中国：法律、经济和文化”。本次会议由中德学院经济行政法教席主持人王维达教授组织，来自中德双方的30余名专家学者应邀参加了会议。

与会的德方专家有：下萨克森州科学与文化部部长顾问艾格伯特.林德纳（Egbert Lindner）先生、德国布伦瑞克高等法院院长以斯曼(Isermann)先生、布伦瑞克检察院检察长戴恩（Dehn）先生、布伦瑞克大学法律系主任胡克(Huck) 博士教授、米勒（Mueller）博士教授、罗格曼(Rogmann)博士教授、西门子公司领导成员格豪姆斯(Grolms)先生、克莱姆特(Klemt)先生等，中方专家有：南京大学的方小敏博士教授、上海泛亚律师事务所的潘旻律师、西门子柏林公司的张宏洁女士、同济大学的单晓光博士教授、刘晓海博士教授、王维达博士教授、高旭军博士教授、教授助理刘颖硕士、教授助理李黎硕士及相关院系的专家等。

同济大学万钢副校长、德国下萨克森州科学与文化部顾问艾格伯特.林德纳（Egbert Lindner）先生、上海市法制办公室副主任顾长浩先生、德国布伦瑞克大学法律系主任胡克(Huck) 博士教授、西门子公司领导成员格豪姆斯(Grolms)先生出席了开幕式，并先后做了热情洋溢的讲话。他们对中德学院法学部在中德对话中所起的作用给予了高度评价，对中德学院法学的发展表示支持并寄予厚望。

开幕式结束后，即开始了为期两天的专业讨论会。两天中，先后由二十位来自国内外的专家从“法律”、“经济”、“文化”三个方面分别做了发人深思的专题报告，在报告的基础上，与会者进行了广泛的交流和深入的讨论。

一、 法律方面

报告和讨论所涉及的主要内容有：法哲学角度下的法律文化和经济文化及两者之间的关系；德国法在中国的借鉴及在现实中的作用；涉外合同的国家界限；

德国刑法对自由竞争的保护，招标过程中的垄断行为和受贿行为的刑事法律责任；如何通过规范请求权来优化诉讼程序和结果；中国招投标法在政府投资项目中的实施问题；垄断法对企业收购的影响；中国反垄断法对技术转让合同中限制竞争条款的规制；中国对商业秘密保护的法律规制；中国劳动争议处理体制中的三方协调机制；企业收购中的劳动争议；要约收购；中国企业收购的法律问题。报告内容丰富，涉及面广，使与会者对中德两国的相关法律有了进一步的了解。

二、经济方面

来自德国企业界的专家，以西门子股份有限公司为例，介绍了德国企业在中国如何进行基础设施建设项目的招投标活动，整个过程主要包括：获悉招标、市场调查、项目分析(风险和利益)、作出投标决定、制作投标书、合同谈判和合同的签订、项目启动、实施、结束、客户验收、项目完成、后期服务。对于一家在中国投标的德国企业来说，由于不同的文化背景及在此基础上产生的不同的行为方式，除了需要进行广泛而细致的准备工作之外，组建一支由中国和德国两国员工共同组成的谈判队伍对于西门子公司是非常有帮助的。

二、 文化方面

下萨克森州科学和文化部顾问林德纳先生介绍了下萨克森州的科研情况、科研促进策略和未来的发展前景。联邦州为州内高校除了配备基本设施、提供基础科研经费外，还为特别项目提供特别资金，扶持本州所属的科研机构，同时鼓励参与跨区域的联合研究。

在为期两天的会议中，专题报告内容丰富，观点精辟；报告结束后，与会人员畅所欲言，各抒己见，纷纷参与讨论。从这些报告和讨论中，与会者不仅充分交流了看法，而且获得了大量的信息，了解了一些前沿讨论的热点问题。

每位与会者都觉得满载而归，并表示回去后将对有关问题作进一步的研究。另外，中德双方学者一致认为，中德两国的法律制度有差异，但在很多方面也存在着许多相似之处，举办这样的国际研讨会非常有益于促进中德两国在“法治国家”方面的交流和对话，从而进一步推动中德两国在法学领域的合作。

李黎， 助教

Prof. Dr. Martin Müller
Die Rezeption des deutschen Rechts in China

Prof. Dr. jur. Martin Müller. Foto: Feldmann

Auszüge des Beitrags zum Rechtssymposium "Erfolg in China" im Oktober 2003 in Shanghai. Prof. Dr. Müller lehrt an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel im Fachbereich Recht. Der vollständige Text erscheint demnächst im Tagungsband.

(...)

Mit Deutschland (und Europa), den USA und der WTO besitzt die VR China heute drei Partner, die das Land auf dem Weg in die Marktwirtschaft begleiten. Im Jahre 1999 hat Xin Chunying, Mitglied des Rechtsinstituts der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, die Art der Rezeption ausländischen Rechts in China wie folgt umschrieben: „on the one hand to transform and borrow the successful experiences of other countries and on the other hand to preserve and develop the valuable contents in Chinese legal culture".(1) Diese vor dem WTO-Beitritt der VR China auf das Rechts- und Wirtschaftssystem anderer Staaten beschränkte Aussage dürfte – in zumindest abgeschwächter Form – auch für das internationale Rechtsregime der WTO gelten.

Insgesamt wird hieraus deutlich, dass das chinesische Recht vielleicht im Ansatz das deutsche Rechtssystem mit seinen dogmatischen und systematischen Strukturen favorisiert, im Ergebnis jedoch häufig ein Destillat aus unterschiedlichen Rechtsordnungen ist und auch zukünftig sein wird.

Die zwei Phasen der Rezeption

Die Rezeption des deutschen Rechts in China lässt sich zeitlich wie inhaltlich in zwei Phasen unterteilen:

Die 1. Phase umfasst die Jahre 1929 bis 1937. Nach dem Untergang des Kaiserreiches in der Revolution von 1911 war die Republik China gegründet worden, die ihrerseits bis zur Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 bestand. Die Eingrenzung auf insgesamt nur neun Jahre erklärt sich aus dem Umstand, dass tatsächlich in dieser kurzen Zeit die Gesetze verabschiedet wurden, welche eine Rezeption des deutschen Rechts darstellen. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass erste Reformschritte bereits noch in der Kaiserzeit ihren Anfang nahmen. Der seinerzeitige erste Entwurf eines chinesischen BGB von 1911 wurde jedoch ebenso wenig verabschiedet wie ein zweiter Entwurf aus dem Jahre 1927.

Die Zeit zwischen 1929 und 1937 war gekennzeichnet durch nachkaiserliche Reform- und Modernisierungsbemühungen. Es war die Blütezeit der Rezeption des deutschen Rechts in China.

Im Jahre 1930 (2) bzw. in den Jahren 1929 bis 1931 (3) wurde in China ein einheitliches Zivilgesetzbuch eingeführt. Dieses Zivilgesetzbuch basierte auf dem japanischen Zivilgesetzbuch. Und das japanische Zivilgesetzbuch basierte seinerseits maßgeblich auf dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) aus dem Jahre 1900. Insbesondere die Pandekten- und Begriffssystematik wurden seinerzeit rezipiert, zum Teil sogar einzelne Normen. Ihr Umfang wird auf seinerzeit 60 bis 70 Prozent, teilweise – unter Einschluss des schweizerischen Rechts – auf 95 Prozent geschätzt (4). Das Chinesische BGB übernahm dabei bereits seinerzeit nicht einfach ausländisches Recht, sondern es erfolgte „eine selbständige Durcharbeitung". (5)

Die damit mittelbare Übernahme des deutschen BGB in das chinesische Recht war allerdings nicht umfassend und geschah auch in den übernommenen Teilen nicht im Verhältnis 1:1. Nicht übernommen wurde das 3. Buch des BGB, also das Sachenrecht. Die Rezeption umfasste darüber hinaus nicht die gesellschaftlich besonders sensiblen Bereiche des Familien- und Erbrechts. (6)

Fünf Jahre später, 1935, wurde eine Zivilprozessordnung (ZPO) in Kraft gesetzt, die ihrerseits im wesentlichen auf dem im Titel gleichlautenden deutschen Reichsgesetz beruhte. (7)

Allerdings hat sich das rezipierte deutsche Recht seinerzeit nicht tatsächlich in China durchsetzen können, wurde also im Ergebnis nicht wirksam. Teilweise wird das seinerzeit rezipierte Recht folglich auch als "Papierrecht" (8) bezeichnet. Demgemäß verwundert es nicht, dass alle republikanischen Gesetze bereits vor der offiziellen Gründung der Volksrepublik China am 1.10.1949 wieder außer Kraft gesetzt wurden. In der Folgezeit wurde das chinesische Recht dann stark vom sowjetischen Recht beeinflusst. (9)

Die zweite Phase

Nach dem Tode Maos und dem Sturz der sog.

Fortsetzung von Seite 8

Viererbande im Jahre 1976 begann eine zweite, bis heute andauernde Phase der Rezeption des deutschen Rechts (10) und spätestens seit dem WTO-Beitritt im Jahre 2001 auch des Rechts der Welthandelsorganisation. (...)

Rechtskultur und Rechtssprache

(Recht lässt sich) nicht isoliert von Kultur und Sprache, einschließlich Rechtskultur und Rechtssprache, betrachten und verstehen. Beispielhaft soll zur Verdeutlichung der insoweit bestehenden fundamentalen Unterschiede das unterschiedliche Verständnis der Begriffe des Gesetzes und des Rechtsstaats aufgezeigt werden:

Zunächst soll der Begriff des Gesetzes, im Chinesischen "fa" (法), betrachtet werden. Mit dem Begriff des Gesetzes verbindet sich in Deutschland die Vorstellung von der Herrschaft des Gesetzes i.S. des Vorrangs des Gesetzes gegenüber anderen staatlichen Meinungsäußerungen. Ein solches Verständnis existiert im chinesischen Recht nicht bzw. ist dort negativ besetzt; es ist zudem nur als Teil der Dreiheit der Normkreise "quing", (menschliche Beziehungen), "li" (理Vernunft) und "fa" (法) (Gesetze) vermittelbar. Allein hieraus erklärt sich bereits, dass in China das Rechtsbewusstsein und das Verständnis für Recht grundlegend anders ist als in Deutschland. Als Folge hieraus werden Gesetzesanwendung und –vollzug nicht zuletzt häufig überlagert von "guanxi" (关系) , d.h. den persönlichen Kontakten und zwischenmenschlichen Beziehungen. Guanxi waren, sind und bleiben ein Eckpfeiler der chinesischen Kultur, einschließlich der Rechtskultur und existieren weitgehend unabhängig von rechtlichen Veränderungen fort. (11)

Als zweites Beispiel mag der Begriff des Rechtsstaats, im Chinesischen "yifa zhiguo"（依法治国）, dienen. Nach deutschem Verständnis knüpfen sich an diesen Begriff zahlreiche Ausprägungen. Im chinesischen Recht besitzt der Begriff des Rechtsstaats selbst bereits zwei Bedeutungen mit völlig unterschiedlichem, nicht miteinander zu vereinbarendem Inhalt, abhängig von der Aussprache der Silbe "yi". Im einen Fall bedeutet der Begriff, sich auf das Recht zu stützten, um das Land zu regieren, im anderen Fall, das Recht zu benutzen, um über das Land zu herrschen. (12)

China ist sich dieser Unterschiede sehr wohl bewusst. Die bereits zitierte Erklärung von Xin Chunying, Mitglied des Rechtsinstituts der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, zur die Art der Rezeption ausländischen Rechts legt hiervon Zeugnis ab. Aber auch deutsche China-Experten sind sich des chinesischen Weges und der daraus resultierenden Folgen bewusst. So formuliert etwa Oskar Weggel im Handbuch Wirtschaft und Recht in Asien: "Deutschrechtlich ist nur die Fassade des Systems. Während das Mobiliar, das gleich hinter den Mauern steht, vor allem aber die Art und Weise seiner Anordnung, ganz anderen Gesetzmäßigkeiten folgt – Regeln namentlich, die auf einer vielhundertjährigen Tradition beruhen und jedem Chinesen ... zur zweiten Natur geworden sind." (13)

Anmerkungen

1. *Xin Chunying*, Chinese Legal System and Chinese Legal Reform, KAS Schriftenreihe, Beijing, 01/1999, S. 351 ff. Zum Konflikt zwischen Konfuzianismus, Legalismus und Daoismus *Weggel*, Das nachrevolutionäre China. Mit konfuzianischen Spielregeln ins 21. Jahrhundert, Hamburg 1996, S. 162 f.
2. So z.B. *Wang*, AcP 166 (1966), 343,347.
3. So z.B. *Shao Jiandong*, Newsletter der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung, Heft 3/1999, S. 81, 84; *Liang Huixing*, AcP 1994 (1994), S. 479, 487.
4. Vgl. die Nachweise bei *Shao Jinadong/ Drewes*, in: dies. (Hg.), Chinesisches Zivil und Wirtschaftsrecht, 2001, S. 13, 14, Fn. 5.
5. *Brünger*, Das neue chinesische BGB, BlIntPr 1931, Sp. 267, zitiert nach *Shao Jiandong*, Zur Rezeption des deutschen Zivilrechts in China, Newsletter der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung 1999, S. 83, 85.
6. *Shao Jiandong*, a.a.O., S. 85; *Wang Tze-chién*, AcP 166 (1966), S. 343, 345.
7. *Wang Tze-chien*, a.a.O., S. 346.
8. *Shao Jiandong*, a.a.O., S. 90.
9. *Lujia Zhou*, Zur Rezeption des „inneren Systems“ des deutschen Privatrechts in der VR China, Frankfurt am Main 1998, S. 158; *Liang Huixing*, a.aO. , S. 490 f.
10. Teilweise wird hierin auch eine bloße Fortsetzung der Rezeption des westlichen Rechts gesehen, vgl. *Shao Jiandong*, Newsletter der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung, Heft 3/1999, S. 81, 92.
11. Instruktiv *Schramm/Taube*, Erfolg ohne Guanxi?, China Contact 3/2002, S, 44 ff.
12. *Stober*, Zum deutsch-chinesischen Rechtsdialog im Verwaltungsrecht, in: ders., Ordnungsrahmen und Akteure einer sozialen und ökologischen Markt- und Weltwirtschaft, 2003, S. 222.
13. *Weggel*, in: Handbuch Wirtschaft und Recht in Asien, Losebl., 1999, Länderteil China, Kap. A Rn. 34.

Deutsche Literatur in China
Guter Ruf — geringe Nachfrage

Dieter Bohlens "Die ganze Wahrheit", Nadja Abd El Farrags Autobiographie "Ungelogen" – die Liste der im letzten Jahr auf dem deutschen Buchmarkt kommerziell erfolgreichen, populären Veröffentlichungen ist lang. Schöngeistige Literatur aber liegt häufig wie Blei in den Regalen deutscher Buchhändler. Ist dies eine spezielle Erscheinung auf dem deutschen Literaturmarkt, dem drittgrößten weltweit? Über diese Frage und über die Attraktivität deutscher Literatur für chinesische Leser sprachen wir mit Professor Song Jianfei, Geschäftsführer des Deutsch-Zentrums der Tongji-Universität und selbst Übersetzer.

Zur Zeit der Kulturrevolution beschränkte sich der Büchermarkt in China hauptsächlich auf die Werke klassischer chinesischer Autoren und revolutionäre Schriften. Dies änderte sich zu Beginn der 80er Jahre mit der schrittweisen Öffnung Chinas gegenüber dem Westen. Die wachsende Zahl ausländischer Einflüsse manifestierte sich laut Song Jianfei auch in Form einer wahren Flut westlicher Literatur auf dem chinesischen Markt, die bei den Lesern im Reich der Mitte auf großes Interesse stieß. Übersetzt und gelesen wurden in dieser Zeit vor allem literarische Werke renommierter westlicher Autoren wie beispielsweise Remarque; schon bald jedoch, Anfang der 90er Jahre, verlagerten sich die Schwerpunkte hin zu anderen Themengebieten, in besonderem Maße zum Bereich der Wirtschaftsliteratur.

Die gegenwärtige Bücherlandschaft wird zusätzlich geprägt von Erfahrungsberichten chinesischer Auswanderer, trivialliterarischen Veröffentlichungen sowie Ratgeberliteratur – eine gewisse Ähnlichkeit zu den Verhältnissen in Europa und den USA ist feststellbar. Nach Worten von Song Jianfei kann der Anteil der Bücher international renommierter Autoren am Gesamtverkaufsvolumen nach wie vor als im internationalen Vergleich hoch bezeichnet werden.

Im Bereich deutschsprachige Literatur stehen nicht mehr nur die Klassiker Goethe und Heine zum Verkauf. Auch zeitgenössische Autoren wie Günther Grass, Zoe Jenny, Jenny Erpenbeck, Bernhard Schlink und Patrick Süskind werden verlegt. Der Schriftsteller Uwe Timm stieß erst kürzlich bei einer Lesereise des Goethe-Instituts in Shanghai auf eine Übersetzung seines Bestsellers „Die Entdeckung der Curry-Wurst" ins Chinesische – und diskutierte die Übertragung des Titels mit Studenten.

Dennoch profitiert deutsche Literatur weder von neueren Übertragungen noch von einem generellen Interesse an ausländischer Literatur. Selbst klassische Autoren, aber auch Autoren des 20. Jahrhunderts wie Heinrich Böll sind keine Verkaufsmagneten. Hier zeigt sich ein Dilemma der deutschen Literatur: Sie genießt einen hervorragenden Ruf, aber sie verkauft sich schlecht. Jüngere Leser geben unumwunden zu, dass die deutsche Literatur für sie zu „ernst" sei.

Der Anteil deutscher Werke am Volumen des chinesischen Gesamtmarktes, der als einer der wachstumsstärksten Büchermärkte weltweit

Steiniger Weg zum Wissen. Foto: Feldmann

Deutsche Literatur in China (Forts.)

Alexander Ulbrich

gilt, ist entsprechend gering. Geld verdienen lässt sich hingegen mit deutschen Sachtiteln zu Themen wie Wirtschaft, Jura und Philosophie, aber auch mit Kinder- oder Trivialliteratur.

So hat sich laut Song Jianfei beispielsweise Konsalik in den vergangenen 20 Jahren eine große Stammleserschaft erworben. Dies dürfte allerdings auch in Zusammenhang mit der besonderen Bindung des Autors an China stehen: Konsalik war mit einer Chinesin verheiratet und hatte nach eigener Aussage ein besonderes Faible für das Land. Zahlreiche Reisen machten ihn zudem bekannt in China.

In den vergangenen Jahren war eine prozentuale Zunahme des Anteils deutscher Literatur am Gesamtumsatz zu verzeichnen. Nach der Meinung des Übersetzers Song dürfte dies wohl in engem Zusammenhang mit der deutschen Sprachpolitik in China stehen, die er im Großen und Ganzen als gelungen ansieht. Viele Chinesen lernen Deutsch als zweite Fremdsprache, und dies macht sich nach Beobachtung des Leiters des Deutsch-Zentrums auch in den Verkaufszahlen deutscher oder sogar deutschsprachiger Bücher nieder.

Alexander Ulbrich war im Wintersemester als Praktikant am Chinesisch-Deutschen Hochschulkolleg

Büchermarkt: China

- China ist der weltweit drittgrößte Buchlizenznehmer
- 2002 kaufte China 480 deutsche Lizenzen, Verkauf chinesischer Lizenzen nach Deutschland in dieser Zeit — eine einzige.
- Was ist gefragt? In erster Linie Sach– und Kinderbücher.
- Bei schöngeistiger Literatur liegt der Schwerpunkt auf klassischen Autoren
- Undankbare Übersetzerjobs — gezahlt wird nach Zeichenzahl, pro 1000 Zeichen rund 50 bis 80 RMB

Adressen für Deutschsprachige Literatur:

- **Die Deutsche Informationsbibliothek in der Shanghai Library** wurde 1999 vom Goethe Institut Peking mit Unterstützung der deutschen Wirtschaft eingerichtet und umfasst mehrere tausend Bücher, CDs, Videos und CD-Roms zu allen Aspekten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in Deutschland. (1555 Huai Hai Zhong Lu).
- **Bücherei des Deutsch-Zentrums** im Chinesisch-Deutschen Hochschulkolleg, Zimmer 613 (Prof. Song Jianfei). Belletristik und Sachbücher
- **Zentrum für Kultur und Bildung** (Fuzhou Lu): Nachschlagewerke und aktuelle Zeitungen und Zeitschriften

Menschen — Infos — Veröffentlichungen — Semesterrückblick

Autor Uwe Timm vor dem Chinesisch-Deutschen Hochschulkolleg. *Foto: Feldmann*

Ermunterung zum Ungehorsam

Wochenlang stand Uwe Timms Buch "Am Beispiel meines Bruders" auf den Bestsellerlisten des "Spiegels". "Ich habe mich lange vor dem Thema gedrückt", sagte Uwe Timm bei seiner Lesung am CDHK am 27. Oktober über die autobiographischen Erzählung. Schon vor 30 Jahren habe er über die Familienverhältnisse, den Zwang zum Gehorsam schreiben wollen. "Ziviler Ungehorsam wurde ja in der Erziehung nicht vermittelt, man hatte immer zu gehorchen, nie zu fragen", sagte der 63Jährige.

In "Am Beispiel meines Bruders" setzt sich Timm mit seinem 16 Jahre älteren Bruder auseinander, der 1942 freiwillig zur SS gegangen war und 1943 in einem Lazarett in der Ukraine starb. Nachdem die Generation der unmittelbar Beteiligten größtenteils tot sei, würden moralische Grenzen neu diskutiert. "Man steht heute mit anderen Fragen da, wie es zu diesem fürchterlichen Verbrechen kam."

Die Studierenden ermunterte Timm, der auf Einladung des Goethe-Instituts Asien bereiste, Literatur auch als Mittel zur Landeskunde zu begreifen. "Vargas Llosa, Gabriel Garcia Marquez, das sind Autoren, über die man etwas erfährt über Emotionen, Stimmungen, soziale Verhältnisse, die in einem Land herrschen, ohne dass man dort hingereist sein muss. Die Neugierde auf andere Kulturen ist für mich am stärksten aufschließbar durch Literatur."

Besuch einer Delegation des Landes Baden-Württemberg am CDHK, Oktober 2003.

Foto: Feldmann

German Centre unter neuer Leitung

Seit 1995 hat Michael Gotschlich das German Centre zu einer wichtigen Anlaufstelle für deutsche Unternehmen in Shanghai gemacht. Wer hier Fuß fassen möchte, wendet sich vor allem an das Businesszentrum auf dem Tongji-Campus. Ursprünglich waren nur zwei Jahre in Shanghai geplant, neun sind es am Ende geworden. Im Dezember 2003 ist Michael Gotschlich nach München ins Bayerische Wirtschaftsministerium zurückgekehrt. Seine Aufgaben übernahm seine Mitarbeiterin Kerstin Kähler.

Zusätzlich zu seiner Tätigkeit als General Manager des German Centre engagierte sich Michael Gotschlich im kulturellen Bereich und bereicherte das Freizeitangebot für die deutsche Gemeinde in Shanghai. Die freitäglichen Filmabende sind mittlerweile eine feste Institution, die Cafeteria des German Centre, wo nach dem Film Bier und Brezel gereicht werden, eine inoffizielle ‚Kontaktbörse'.

Michael Gotschlich Foto: German Centre

Als ehrenamtliches Vorstandsmitglied der Deutschen Handelskammer in Shanghai für "Kultur und Soziales" rief Gotschlich das Sommerfest und die Weihnachtsfeier der Handelskammer ins Leben, auch der Deutsche Ball geht im wesentlichen auf sein Engagement und Organisationstalent zurück.

Daneben entstand auf seine Initiative und mit seiner Unterstützung das Wohltätigkeitsprojekt der Handelskammer „Projekt Integration", das Kindern von Wanderarbeitern aus anderen Provinzen mit Hilfe von Spenden den Schulbesuch in Shanghai ermöglichen will.

kk/af

Menschen – Infos – Veröffentlichungen – Semesterrückblick

Prof. Lothar Spree, Dekan für Film, Fernsehen und Medienkunst

Mit Prof. Lothar Spree (61 J.) hat das "College for Communication and Art" der Tongji-Universität im Wintersemester 2003 unterstützt vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) einen renommierten Filmemacher und erfahrenen Hochschulorganisator verpflichtet.

Als Dekan für Film, Fernsehen und Medienkunst will Spree den Grundstein legen für eine Hochschule für Gestaltung, die Design, Architektur und Umweltgestaltung sowie Film und Medien vernetzt. In unterschiedlichen Schwerpunkten sollen Studierende so auf Zukunftsberufe in der Medienbranche vorbereitet werden.

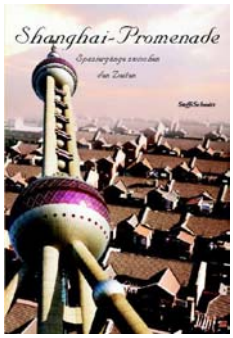
Nach seinem Filmstudium an der Hochschule für Gestaltung in Ulm unter Filmemachern wie Alexander Kluge und Edgar Reitz war Spree sechs Jahre lang Dozent für "Photoeletric Art" am Ontario College of Art in Toronto. Nach seiner Rückkehr aus Kanada ging er als freier Autor, Filmemacher und Produzent zum Jugend– und Kinderfernsehprogramm des ZDF und macht seit 1988 Kulturdokumentationen über Architektur, Literatur, Design und Film.

Der Filmemacher und gelernte Graphik-Designer hat in Deutschland bereits bei mehreren Hochschuleinrichtungen Pate gestanden. An der Hochschule für Gestaltung in Offenbach arbeitete Spree von 1990 bis 1992 an der Umstrukturierung der Filmabteilung. 1992 wurde er an die Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe berufen, wo er die Filmabteilung aufbaute und bis heute assoziierter Professor ist. Die nächste Neugründung soll nun an der Tongji-Universität stattfinden. Ziel ist eine Ausbildung von Medienfachleuten, bei der die Theorieausbildung mit praktischen Übungen einhergeht, Filmen zugleich als Arbeits– als auch Denkmethode begriffen wird und künstlerische Aspekte einbezieht. Shanghai sieht Spree dabei für sich selbst als "reizvolle Alternative zu dem, was im Moment in Europa geboten wird". Die Kamera wird demnächst ausgepackt....

Shanghai Promenade

Dr. Stefanie Schmitt, seit drei Jahren als Mitarbeiterin Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) in Shanghai tätig, hat zum Jahreswechsel ein deutschsprachiges Buch über die Stadtgeschichte Shanghai mit zahlreichen historischen Spaziergängen vorgelegt, wie der folgende kurze Ausschnitt zeigt.

"In keiner anderen Stadt trafen bis 1945 die Gegensätze zwischen westlichen und chinesischen Lebenswelten so krass aufeinander wie in Shanghai. Nicht grundlos trug die Stadt in den 30er Jahren den Beinamen "Paris des Ostens" und ebenso wenig grundlos fand 1921 in der früheren Französischen Konzession der Gründungskongress der Kommunistischen Partei statt. In den vergangenen 150 Jahren wurde Shanghai immer wieder zum Kristallisationspunkt für Entwicklungen, die später für das ganze Land von Bedeutung waren. Mit der Autorin begibt sich der Leser auf Spurensuche: Was kann man davon heute noch sehen? Spaziergänge führen durch die ehemalige Französische Konzession, das Internationale Settlement oder nach Honkou. Die "Vierländerroute" beginnt in der chinesischen Altstadt und führt bis "Little Tokyo". Die "Revolutionsroute" steuert wichtige Stationen der politischen Entwicklungen der 20er/30er Jahre an. Die Literatur- und Filmroute weist auf Shanghai als intellektuelles chinesisches Zentrum hin. Hier wohnten und schrieben die Protagonisten einer modernen chinesischen Literatur. Nirgendwo sonst im Land wurden z.B. Frauenfragen so eingehend diskutiert. Der Spaziergang "Um die Ohel-Moishe-Synagoge" erzählt vom Schicksal der jüdischen Flüchtlinge, die in Shanghai vor den Verfolgungen Hitler-Deutschland Zuflucht fanden. Spannende Hinweise zu spezifischen Verbindungen zwischen Shanghai und Deutschland, angefangen bei der Shanghaier Longhua-Pagode, die Vorbild für die Oranienbaumer Pagode im Wörlitzer Gartenreich war, über die deutschen Wurzeln der Tongji-Universität bis hin zum Transrapid runden das Bild ab."



"Shanghai-Promenade". Old China Hand Press (Tel.: 021-64150675; Fax: 021-64 45 68 94). 600 Seiten, ISBN-Nr. 962-7872-48-2

Globalisierung sei nicht die Folge politischer Entscheidungen, sondern des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Politik schaffe nur die Rahmenbedingungen. Als Folge dieser Entgrenzung werde die Politik zunehmend unterlaufen. Mit dieser These umriss **Prof. Dr. Ernst Benda**, Präsident des Bundesverfassungsgerichts a. D., am 19. September 2003 im Chinesisch-Deutschen Forum am CDHK sein Thema "Staatssouveränität im Zeitalter der Globalisierung". Benda ist im Medienrat der Medienanstalt Berlin-Brandenburg aktiv und war auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Shanghai.

Prof. Dr. Ernst Benda, Foto: Feldmann

In Kürze – Semestervorschau

Änderungen und aktuelle Veranstaltungshinweise entnehmen Sie bitte der CDHK-Website http://cdhk.tongji.edu.cn/de/termin.php

Filmabende des CDHK ab 16. Februar

In Absprache mit dem German Centre zeigt das CDHK jeden Mittwoch einen neuen Film in deutscher Sprache.

3.-26. Februar 2004

Anmeldefrist TestDaF. Für die Deutschprüfung in China am 3. April können sich Interessenten bis zum 26. Februar online anmelden. Informationen unter **www.testdaf.de** oder http://testdaf.51test.com.

26.-28 Februar 2004

Wissenschaftliche Kommission. Halbjährliche Sitzung der Fachkoordinatoren und des DAAD-Beauftragten für das Chinesisch-Deutsche Hochschulkolleg.

im März–Chinesisch-Deutsches Forum

Begegnungen mit zeitgenössischen Shanghaier Autoren im CDHK. Diskussionen zur modernen chinesischen Literatur unter Leitung des deutschen Sinologen Prof. Dr. Wolfgang Kubin. (**geplant** – die genaue Zeit wird noch bekannt gegeben).

3. April 2004

TestDaF-Prüfung. Ort: Shanghai International Studies University (SISU).

26.-29. April 2004

CeBIT Asia. Internationale Fachmesse für Information, Kommunikation und Telekommunikation. (Shanghai)

Mai 2004 (geplant)

1. Infineon Workshop. Auftakt zu einer Veranstaltungsreihe an chinesischen Hochschulen zu Infineontechnik und –geräten im Laboralltag. (CDHK, die genaue Zeit wird noch bekannt gegeben)

15.-13. Juni 2004

7th Shanghai International Film Festival. Informationen unter www.siff.com

CDHK-aktuell 08/Januar 2004

Impressum

Herausgeber: CDHK
Chinesisch-Deutsches Hochschulkolleg
an der Tongji-Universität in Shanghai
同济大学中德学院

Prof. Dr. Wan Gang, Direktor des CDHK

Redaktion & Satz (verantwortlich):
Dipl.-Journ. Anja Feldmann, DAAD-Lektorin (af)

Übersetzung:
Frau Li Li, Frau Zhou Xiaozhen

Erscheinungsdatum: 20. Januar 2004
(Nummer 8)

Chifeng Lu 50, 200092 Shanghai
赤峰路50 号上海200092
Telefon: 021-6598 5141
Email: Feldmann@tongji.edu.cn
http://cdhk.tongji.edu.cn (im Aufbau)

Das Chinesisch-Deutsche Hochschulkolleg ist eine Gemeinschaftseinrichtung der Tongji-Universität und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes DAAD und wird von deutschen und chinesischen Unternehmen unterstützt.

Ist ein Scheitern der Europäischen Verfassung ein Scheitern für Europa?

Mehr als 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter zahlreiche Bürgerinnen und Bürger Wolfenbüttels sowie Studierende der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel verfolgten interessiert die Vorträge des Europarechtlers Prof. Dr. Achim Rogmann und des Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Martin Müller. Die Räume des Europäischen Dokumentationszentrums Wolfenbüttel boten für diesen gemeinsam mit ELSA-Braunschweig/Wolfenbüttel veranstalteten europäischen Abend, der vom Abbruch der Regierungskonferenz in Brüssel am vorangegangenen Wochenende nicht unberührt blieb, den geeigneten Rahmen.

von links: Prof. Dr. iur. Achim Rogmann, Präsident von ELSA Braunschweig/Wolfenbüttel Wolf Woltmann und Prof. Dr. iur. Martin Müller

In einem einleitenden Vortrag beschrieb Prof. Dr. Rogmann den Weg zur europäischen Verfassung und ging auf die Berufung und Arbeit des Konvents sowie die politischen Hintergründe seiner Entstehung ein.

Im Anschluss beschrieb Prof. Dr. Müller die Inhalte der Verfassung und wies auf deren Untergliederung in vier Teile hin. Von besonderer Bedeutung sei, dass „Grundrechte, wie das ‚Recht auf Soziale Sicherheit', die nicht nur einen Abwehranspruch sichern, im Verfassungsentwurf verankert seien. Solche Teilhabeansprüche seien im deutschen Verfassungssystem bislang unbekannt," erläuterte Prof. Dr. Müller den Anwesenden.

Im abschließenden Vortrag ging Prof. Dr. Rogmann aus aktuellem Anlass auf die strittigen Punkte der Konferenz ein. Neben den Abstimmungsmechanismen im Ministerrat, seien der Gottesbezug in der Präambel und auch die Zusammensetzung der Kommission strittig gewesen. „Gescheitert ist die Konferenz," so Prof. Dr. Rogmann, „bereits am ersten Punkt, dem Abstimmungsmechanismus im Ministerrat."

Daher erläuterte er das derzeitige Abstimmungsverfahren im Vergleich zu dem auf der Konferenz von Nizza vereinbarten Modus und dem in der Verfassung festgeschriebenen Verfahren. Ebenso beschrieb er die Zusammensetzung der Kommission und stellte die bereits jetzt hohe Zahl der Kommissare in Frage und sprach sich für eine Reduzierung auf 15 Mitglieder der Kommission aus. „Nicht jedes Land muss einen Kommissar stellen, denn diese sind ohnehin nur dem europäischen Wohl und nicht dem entsendenden Mitgliedsstaat verpflichtet," erläuterte Prof. Dr. Rogmann.

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussionsrunde mit den Anwesenden stand die Frage des Verhaltens von Polen als Neumitglied. Auch über die Stabilität des Euro vor dem Hintergrund der neuen Regelungen in der Verfassung wurde eingegangen. Fazit des Abends war, dass es auch ohne Verfassung ein Europa geben wird. Ohne die Verfassung wird sich aber die Gefahr vergrößern, dass es ein Europa der zwei Geschwindigkeiten sein wird.

E-Government

In den letzten Jahren hat der Einsatz von Informationstechnologien in den Behörden erheblich zugenommen. Vor allem das Internet bietet zahlreiche Produktivitätspotenziale, die angesichts knapper öffentlicher Mittel genutzt werden müssen. Mit dem **Electronic Government (E-Government)** kommen die öffentlichen Verwaltungen auch den Forderungen der Bürger nach, die — inzwischen gibt es über 32 Mio. Internet-Nutzer in Deutschland — von den Behörden **moderne Dienstleistungen** in digitalisierter Form verlangen (vgl. Jansen/Pridat, S. 95 f.). Sie wollen auf digitalem Weg mit Kommunen, Finanzämtern oder Rentenversicherungen kommunizieren.

Die Digitalisierung des Beschaffungswesens von Gemeinden (E-Procurement), die Einrichtung digitaler Bürgerzentren, die Online-Anmeldung von Automobilen oder Melderegisterauskünfte über den PC sind nur einige Beispiele für E-Government. So können Ressourcen in den Verwaltungen freigesetzt und die Kunden- bzw. Bürgerzufriedenheit erhöht werden. Bei der Transformation zum E-Government kommt der IT-Organisation der Behörden zentrale Bedeutung zu.

Definition

Als E-Government wird eine **nachhaltige Verwaltungsreform** bezeichnet, durch welche **die Geschäftsprozesse** entlang der gesamten Wertschöpfungskette der öffentlichen Verwaltung auf einer Internet-Plattform optimiert werden. Damit wird deutlich, dass E-Government nicht nur ein IT-Thema ist, sondern tief in die **Ökonomie der öffentlichen Verwaltung** eingreift (vgl. Brücher/Gisler 2002). Betroffen sind vor allem Organisation, Un-

ternehmensplanung und -führung, Controlling und betriebliche Datenverarbeitung.

Allerdings geht es nicht um eine 1:1-Übertragung der bestehenden Verwaltungsprozesse in die virtuelle Welt. Für die Organisation, das Controlling und die betriebliche Datenverarbeitung müssen stattdessen neue strategische Konzepte entwickelt werden. So muss aus **organisationsökonomischer Sicht** der Sinn und die Effizienz der Verwaltungsprozesse geprüft werden. Mit Hilfe des **Controlling** werden die Prozesskosten und Einsparpotenziale bei optimalen Organisationsstrukturen beurteilt. Bevor die **betriebliche Datenverarbeitung** mit der technischen Umsetzung des E-Government beginnt, muss eine ganzheitliche **E-Government-Strategie** erarbeitet werden, gewissermaßen ein roter Faden, wobei auch der größtmögliche Nutzen für Bürger und Behörde zu ermitteln ist.

Geschäftsmodelle

Je nachdem, welche Akteure an den Transaktionen beteiligt sind, unterteilt man das E-Government in die Geschäftsmodelle

- G2C (Government-to-Citizen): Behörde-Bürger-Modell,
- G2B (Government-to-Business): Behörde-Unternehmen-Modell und
- G2G (Government-to-Government): Behörde-Behörde-Modell.

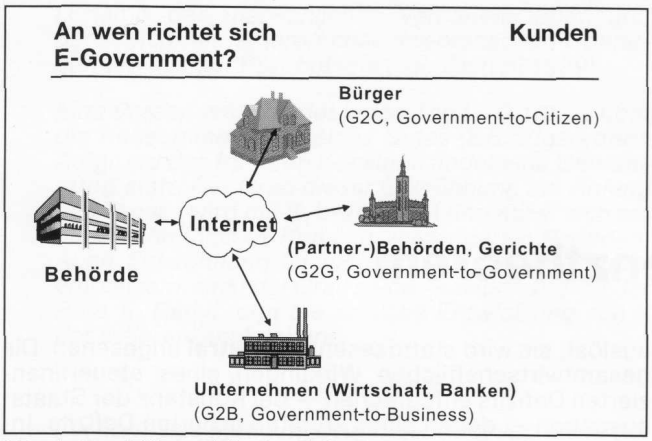


Abb. 1: Geschäftsmodelle des E-Government

G2C

Beim Behörde-Bürger-Modell handelt es sich um eine Fülle von Web-Anwendungen, die den Bürgern Informationen zur Verfügung stellen und darüber hinaus Transaktionen zwischen Bürgern und Behörden ermöglichen. Informationsportale, Online-Bürger-Center und elektronisches Antragswesen sind Beispiele für das G2C-Modell. Durch die gesetzlichen Bestimmungen zur **elektronischen Signatur**, die rechtswirksame Transaktionen möglich macht, wurde die digitale Abwicklung von Geschäftsprozessen beschleunigt (vgl. Klein 2003, S. 4 f.).

Bei G2C kommt auch das aus dem E-Business bekannte **Customer-Relationship-Management (CRM)** zum Tragen. Der Kunde (Bürger) erhält eine effektive Dienstleistung, die möglichst weitgehend auf seine individuellen Bedürfnisse zugeschnitten ist. E-Government verändert nachhaltig die Staat-Bürger-Beziehung und fördert **unternehmensnahe Strukturen**. So kann beispielsweise One-to-One-Marketing durch eine Web-basierte Customer-Care-Lösung (Online-Bürger-Center) realisiert werden.

G2B

Unternehmen haben auf unterschiedlichste Weise mit dem Staat zu tun. Sie sind einerseits Nachfrager und Kunden der öffentlichen Verwaltung, was zum Teil durch gesetzliche Bestimmungen erzwungen ist (Steuern und Abgaben). Andererseits sind sie auch Anbieter, so decken sie beispielsweise den Beschaffungsbedarf der öffentlichen Verwaltung (vgl. Mehlich 2002, S. 69 f.).

E-Procurement (E-Beschaffung) ist ein wichtiges Elemente des G2B-Modells, die internen Effizienzeffekte für Behörden sind beachtlich. Aufgrund des hohen Anteils der Transaktionskosten bei Beschaffungsvorgängen können bis zu 70% der Kosten eingespart werden.

Das aufwändige Genehmigungsverfahren sowie Angebotssuche und Preisvergleiche beanspruchen die Ressourcen des öffentlichen Sektors erheblich. Durch die Digitalisierung des gesamten Beschaffungsprozesses beschleunigt die Behörde den Beschaffungsvorgang, schafft faire Wettbewerbsbedingungen für die beteiligten Unternehmen, senkt die Lagerkosten und erhöht ihre Produktivität (vgl. Zarnekov/Brenner/Eyholzer 2002, S. 44 ff.). Weitere aus ökonomischer Sicht bedeutungsvolle G2B-Bereiche sind z.B. die Kfz-Zulassung und Bauanträge.

G2G

Beim G2G-Modell geht es um die **innerbehördlichen Beziehungen**. Die Verwaltungsprozesse werden dabei erstmals und ganzheitlich auf einer Ebene, einer Intranet-Plattform, abgebildet. Die Beschleunigung von Transaktionen in diesem Bereich steigert unmittelbar die Produktivität in G2C- und G2B-Modellen.

Die Eliminierung bzw. Minimierung von Liege- und Transferzeiten zwischen den Teilprozessen senkt die Transaktionskosten und erhöht die Produktivität der Behörde erheblich. Um die Prozesskosten zu minimieren, muss eine umfassende **ganzheitliche E-Government-Strategie** erarbeitet und umgesetzt werden, da nur so der betriebswirtschaftliche Nutzen des E-Government voll zur Geltung kommt.

Die digitale Verwaltung führt zu Effizienzsteigerung und Prozessbeschleunigung. Vor allem die unter chronischer Finanzknappheit leidenden Kommunen können diese betriebswirtschaftlichen Effekte des E-Government zur Optimierung ihres Prozess- und Organisationsmanagements nutzen.

Prozessanalyse als Grundlage des E-Government

Die Implementierung des E-Government ist ein komplexer Prozess, der die Effizienz der bestehenden Verwaltungsabläufe auf den Prüfstand stellt. Damit führt E-Government gleichzeitig zu **Change Management**, wobei die Prozessoptimierung zur primären Zielsetzung der digitalen Behörde wird.

Die Verwaltungsprozesse haben sich über lange Zeit hinweg entwickelt und ausgedehnt. Die Analyse des Ist-Zustands durch Erfassung und Dokumentation der bestehenden Prozesse ist die Grundvoraussetzung dafür, die Digitalisierungspotenziale der öffentlichen Verwaltung zu erkennen.

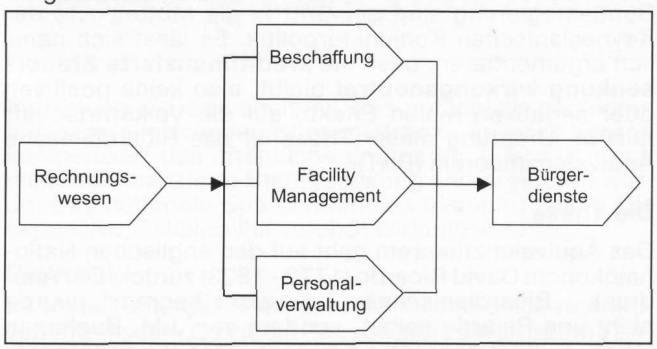


Abb. 2: Prozessarchitektur einer Behörde
(Quelle: Scheer 2003, S. 9)

Application Service Providing (ASP)

Die Software-Landschaft entwickelt sich immer schneller. Nicht nur die Zahl der Applikationen nimmt ständig zu, auch die Komplexität und die Know-how-Intensität der Software selbst steigt laufend an. Unter diesen Bedingungen erscheint es unmöglich, dass die öffentliche Verwaltung die Applikationen selbst entwickeln, implementieren und betreuen kann.

Application Service Providing (ASP) bietet der öffentlichen Verwaltung die Möglichkeit, fremde Dienste in Anspruch zu nehmen. Die Browserfähigkeit vieler Applikationen bietet den Vorteil, fremde Server einzusetzen. Darüber hinaus ermöglicht ASP beachtliche Kosteneinsparungen. Da die Technologie nicht lokal implementiert wird, entfallen Hardware- und Implementierungskosten. Es fallen lediglich Mietkosten für die tatsächlich durchgeführten Transaktionen an.

Fazit

Der Wandel staatlicher Institutionen vom Verwalter zum Dienstleister ändert die Beziehungen des Staates zu den Bürgern und Unternehmen. In der öffentlichen Verwaltung werden sich zunehmend markwirtschaftliche Strukturen durchsetzen, die bewirken, dass die traditionelle Verwalter-Bittsteller-Beziehung durch eine neue Kundenorientierung abgelöst wird. Die noch vorhandenen hierarchischen Organisationsstrukturen werden den Anforderungen der digitalen Informationsgesellschaft nicht mehr gerecht. Eine **organisationsökonomische Betrachtung** der Behördenstrukturen ist unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Transformation der öffentlichen Verwaltung. Prozessoptimierung und Outsourcing von Informationstechnologie sind weitere wichtige Aspekte des E-Government.

Prof. Dr. Reza Asghari, Braunschweig/Wolfenbüttel

Literaturempfehlungen:

Brücher, H./Gisler, M.: E-Government — von den Grundlagen zur Anwendung. In: Meier, A. (Hrsg.): E-Government. Heidelberg 2002.

Hopp, H./Göbel, A.: Management in der öffentlichen Verwaltung. Stuttgart 1999.

Jansen, S./Pridat, B.P.: Electronic Government — Neue Potenziale für einen Staat. Stuttgart 2001.

Mehlich, H.: Electronic Government. Wiesbaden 2002.

Scheer, A.-W./Kruppke, H./Heib, R.: E-Government — Prozessoptimierung in der öffentlichen Verwaltung. Berlin 2003.

Zarnekow, R./Brenner, W./Eyholzer, K.: E-Procurement in der öffentlichen Beschaffung. In: Meier, A. (Hrsg.): E-Government. Heidelberg 2002.

Klein, M.: Datenschutz. Vertrauen schaffen für E-Government. In: Government Computing 2003, Heft 2, S. 4 f.

Liberale Kräfte im Nahen Osten brauchen Europa

Interview mit Prof. Reza Asghari zum Ausgang der Wahlen im Iran

VON FRANK GROSS

Wahlen im Iran. Ein Mann, ein überzeugter Salzgitteraner, verfolgte sehr genau die Vorgänge in seinem ehemaligen Heimatland. Dr. Reza Asghari, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Internetökonomie und E-Business an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, nahm großen Anteil an den Geschehnissen rund um die Nachrichten aus der Islamischen Republik.

Asghari erörterte in einem ausführlichen Gespräch mit Kritik noch einen Schritt hinaus und meinte, dass ohne freie Wahlen Staat und System nachhaltig gefährdet sein könnten.

Welche Auswirkungen können die Wahlen auf Deutschland haben? „Ich denke, die deutsch/iranischen Beziehungen werden nicht leiden. Der Iran braucht Europa, respektive Deutschland und auch umgekehrt", ist sich der E-Commerce Fachmann sicher. Deutschland braucht Iran? „Ja! Warum fragen Sie nach? Europa sollte auch weiterhin den konstruktiv-kritischen schaft gezogen werden. Egal welchem Glauben oder welcher Nationalität er angehört. Wir dürfen in Deutschland nicht den Fehler zulassen, dass der Islam wegen der kleinen mordenden Minderheit insgesamt verteufelt wird."

Asghari zeigt sich fest davon überzeugt, dass die Begegnung zwischen den Religionen dazu führen kann, dass die Extremisten immer mehr ausgegrenzt werden. Asghari stellt offen die Frage, welche Alternativen den Europäern bleibt: „Wollen wir mit allen in den Krieg seinem Präsidialamt eine Behörde gegründet, die den Namen „Amt für Dialog der Zivilisationen" trägt." Wie kann man sich einer islamischen Republik Wahlen vorstellen? „Die Vorwahlzeit läuft ähnlich wie bei uns. Viele Plakate und noch mehr Veranstaltungen. Es gibt eine Unzahl kleiner Parteien, die sich in fünf Listen oder Koalitionen verbunden haben."

Werden sich im Iran zukünftig Veränderungen ergeben, die für uns, also Deutschland wichtig sein könnten? „Ich denke, in der großen Politik werden wir kaum Veränderungen erleben. Was aber mit Sicherheit passieren wird, ist der Prozess der vorsichtigen Öffnung gegenüber dem Westen. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf Salzgitter. Es gibt namhafte Unternehmen in dieser Stadt, die rege Handelsbeziehungen mit dem Iran unterhalten. Was wir aktiv tun können, ist relativ einfach zu umschreiben. Ganz im Gegensatz zu der amerikanischen Politik geht Europa sehr sensibel mit dem Islam um. Wichtig ist der interreligiöse Dialog. Wir müssen weiter versuchen, die Gemeinsamkeiten beider monotheistischer (an einen Gott glaubend) Religionen heraus zu arbeiten. Es gibt so viel Parallelen zwischen Islam und Christentum. Ich bin der festen Überzeugung, dass es sich lohnt, diese Gemeinsamkeiten weiter zu entwickeln."

Prof. Reza Asghari ist überzeugt davon, dass sich nach den Wahlen im Iran das Verhältnis zu Deutschland nicht ändern wird. Fotos: Groß

der Salzgitter Woche seine Gefühle und Gedanken zu den jüngsten Ereignissen sowohl im Iran als auch dem Nahen Osten.

Wie bewertet Asghari den Umstand, dass, trotz des spürbaren Willens zur Öffnung des Gottesstaates gegenüber dem Westen, Reformkräfte von den Wahlen ausgeschlossen wurden? Der FH-Professor holt tief Luft, hebt die Hand Richtung Hinterkopf, lässt sie langsam auf den rechten Oberschenkel fallen und meint nachdenklich: „Wissen Sie, es wurden nicht alle Reformkräfte ausgeschlossen. Zweitens, und das finde ich enorm wichtig, ist die Tatsache, dass sich die konservativen Kräfte dem Reformdruck langsam beugen."

Ein weiteres wichtiges Ereignis in Zusammenhang mit den Wahlen sei die Tatsache, so Asghari, dass sich der iranische Präsident Mohammed Khatami deutlich positioniert hat: „Khatami kritisierte auf einer zentralen Kundgebung die Einschränkungen bei der bevorstehenden Parlamentswahl." Der Präsident ging über seine Dialog mit dem Iran führen. So kann es gelingen, in dem Land einen demokratischen Prozess zu integrieren. Gleiches gilt auch für die Türkei, meine ich. Beide Länder sind dabei, sich den modernen, weltlichen Gegebenheiten anzupassen."

Asghari: „Wir müssen den Kontakt zu den Menschen halten."

„Ich sehe große Chancen für ein nachhaltiges, friedliches Zusammenleben zwischen Christen und Moslems."

Wie aber passen dann die Anschläge moslemischer Extremisten in das Bild einer sich dem Westen öffnenden Gesellschaft? „Wollen Sie wegen einer kleinen Minderheit den Kontakt zu den vielen anderen, friedliebenden Moslems abbrechen? Die bombenden und mordenden Akteure, die sich hinter dem Islam verstecken, sind eine Schande für alle Moslems. Wer das Recht in Deutschland oder Europa verletzt, muss dafür zur Rechenschaft treten? Ist es nicht sinnvoller und vorausschauender im Sinne eines friedlichen Miteinanders, wenn die liberalen Kräfte im Nahen Osten von den Europäern unterstützt werden? Die Demokratie ist in Europa auch nicht über Nacht entstanden."

Ist Demokratie, oder unser Verständnis derselbigen, für den Nahen Osten eigentlich notwendig? Asghari schaut ein wenig verunsichert, fixiert den Interviewpartner mit seinen kleinen, tiefbraunen Augen, und meint streng: „Aber natürlich. Wir können uns keine permanente Unruhe in der Region leisten. Demokratie kann, nein, wird die Situation in dem Bereich stabilisieren. Europa hat ein vitales Interesse am friedlichen Zusammenleben mit den Moslems."

Kann beides, die moslemisch-religiöse Ausrichtung mit der westlichen Demokratie verbunden werden? „Das ist eine spannende und zugleich interessante Frage. Sollte es uns gelingen, beides zusammen zu führen, dann sehe ich eine absolut berechtigte Chance für ein nachhaltig friedliches Zusammenleben zwischen Europa und dem Nahen Osten."

Zurück zur Ausgangsfrage. Wurde seitens des Wächterrates der Reformkurs mit den Wahlen verlassen? „Keinesfalls. Der Reformprozess, ich sagte es eingangs schon, ist auch von den konservativen Kräften inzwischen aufgegriffen worden. Und das geht jetzt weiter. Ich denke nicht, dass sich dieser Prozess stoppen lässt. Das mag man ja an folgendem Ereignis erkennen: Khatami hat in

Wulff: Goslar kein Standort für Fachhochschule

GOSLAR. Als Ehrengast des Goslarschen Panckets formulierte Niedersachsens Ministerprädident Christian Wulff (CDU) gestern Abend vorsichtig: Das Land könne sich heute und in den nächsten Jahren keine neuen Fachhochschulstandorte leisten, sagte er.

„Wir können die Fachhochschule in Goslar im Moment nicht verwirklichen und müssen für die Gebäude eine andere Nutzung finden."

Er halte es im Sinne einer glaubwürdigen Politik für geboten, nicht länger unerfüllbare Hoffnungen zu schüren, meinte Wulff. Das Land könne nicht auf der einen Seite Fachhochschulen schließen und um den Erhalt der TU Clausthal kämpfen und gleichzeitig in Goslar einen neuen Fachhochschulstandort einrichten.

Damit werden zumindest mittelfristig die Hoffnungen all derer enttäuscht, die sich seit mehreren Jahren für das Vorhaben stark gemacht hatten, um mehr und vor allem auch jüngeres Leben in die von Bevölkerungsrückgang und Überalterung gebeutelte Weltkulturerbe-Stadt zu holen; nicht zuletzt der heimische Handel.

kem

23.04.2004

Prof. Dr. Axel Saipa, Regierungspräsident a.D., fördert den Fachbereich Recht mit 2.000 Euro

Professor Dr. Axel Saipa, LL.M., Regierungspräsident a.D. fördert den Fachbereich Recht der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, dem er auch als Lehrbeauftragter verbunden ist, mit einer Spende in Höhe von 2.000 Euro. Mit der Spende soll die wissenschaftliche Ausbildung am Fachbereich Recht unterstützt und besonders gute wissenschaftliche Leistungen ausgezeichnet werden.

Die Spende ermöglichte in diesem Jahr erstmals die Auslobung eines Fakultätspreises für den besten Diplomanden (bzw. beste Diplomandin) eines Jahrgangs. Der erste, mit 500,00 € dotierte Fakultätspreis wurde im Rahmen der zweiten Diplomfeier des Fachbereichs Recht am 23. April 2004 an Herrn Dipl.-Wirtschaftsjur. Axel Berger (VW Bank GmbH, Braunschweig) von Prof. Dr. Saipa persönlich überreicht.

In seiner Laudatio bekräftigte Prof. Dr. Saipa, er sei sehr dankbar dafür, dass gemeinsam mit dem Dekan des Fachbereichs Recht und dem Förderverein der Hochschule eine gute Idee gefunden wurde, die Spenden sinnvoll einzusetzen: "Das ist der jährliche Fakultätspreis, der heute das erste Mal vergeben werden kann. Viele Diplomanden erhalten heute ihr Diplom, alle haben hart gearbeitet und viel geleistet. Das ist in hohem Maße anzuerkennen. Immer aber gibt es den einen oder die andere, die besonders herausragende Leistungen erbringen konnten."

Prof. Dr. Saipa führte weiter aus: "Der Wettbewerb um die besten Köpfe hat schon lange begonnen. Dieser Wettbewerb muss ausgetragen werden und er darf nicht von falschen Beihilfen verzerrt werden, aber er braucht echte Hilfen aus Politik, Wirtschaft und Hochschulen. Diese Hilfen bestehen nicht in der ständigen Diskussion darüber, dass ein solcher Wettbewerb stattfindet, sondern darin, dass für Bildung und Erziehung, für Schulen und Hochschulen etwas getan wird - institutionell, finanziell und personell."

Mit dem Grundstock von 2.000 ist die Vergabe eines Fakultätspreises auch in der nächsten Zeit möglich.

Zweite Diplomfeier des Fachbereichs Recht

Im Rahmen der zweiten Diplomfeier des Fachbereichs Recht am 23. April 2004 wurden die Absolventinnen und Absolventen des Jahrganges "April 2003-April 2004" feierlich im Großen Saal der Handwerkskammer Braunschweig durch den Dekan, Prof. Dr. Winfried Huck, und den Studiendekan, Prof. Dr. Martin Müller, verabschiedet. 49 Studierende haben seit April 2003 ihr Studium des Wirtschaftsrechts am Fachbereich Recht erfolgreich abgeschlossen. Ca. 60 Prozent der Absolventinnen und Absolventen verfügen unmittelbar nach Ihrem Abschluss über einen Arbeitsvertrag, einige sogar bereits vor Abschluss der Diplomprüfung.

Der Direktor der MLP Finanzdienstleistungen AG, Zielgruppen- und Hochschulmanagement, Dipl.-Kfm. Ingo Schadwinkel (Heidelberg), gab als Festredner Hinweise und Praxistipps für den erfolgreichen beruflichen Einstieg. Die MLP AG unterstützte die Ausrichtung der Diplomfeier in besonderer Weise.

Höhepunkt der Feier war die Ehrung herausragender studentischer Leistungen durch die Verleihung zweier Preise.

Der Sonderpreis in Höhe von 250 Euro, gestiftet durch den Lions Club Wolfenbüttel, wurde durch den Präsidenten des Lions Club Wolfenbüttel, Prof. Dr. Wolfgang Schneider, an Frau Dipl.-Wirtschaftjur. Inga Knöchelmann (Deloitte & Touche, Berlin), überreicht.

Den ersten Fakultätspreis in Höhe von 500 Euro erhielt der beste Absolvent dieses Jahrganges, Dipl.-Wirtschaftsjur. Axel Berger (VW Bank GmbH, Braunschweig). Der Laudator, Prof. Dr. Axel Saipa LL.M., Regierungspräsident a. D., hatte dem Fachbereich zu diesem Zweck 2.000 Euro gespendet, die auch als Grundstock für weitere Fakultätspreise dienen.

Beiden Preisträgern überreichte Prof. Dr. Huck als "bleibende Erinnerung" einen gravierten Kristallblock.

Musikalisch begeisterte die Studierendenband "The Jazzsters" das Publikum.

Erstes gemeinsames Seminar mit der Universität Münster

Zum ersten Mal veranstaltete der Fachbereich Recht der FH Braunschweig/ Wolfenbüttel am letzten Wochenende im April zusammen mit der Universität Münster und der Europäischen Kommission ein Seminar zum Welthandelsrecht.

Ziel des Seminars war das Vertiefen des in vorangegangenen Lehrveranstaltungen erworbenen Wissens zum Welthandelsrecht. Neben dem WTO-Abkommen und dem Abkommen über den Warenhandel (GATT) wurden insbesondere die Bereiche des grenzüberschreitenden Dienstleistungshandels (GATS), des weltweiten Schutz des geistigen Eigentums (TRIPS), des öffentlichen Beschaffungswesens (GAP), des Streitbeilegungsverfahrens (DSU) sowie der Beziehungen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern behandelt.

Ergebnis der dreitägigen, von den Professoren Dr. Rogmann (Wolfenbüttel), Dr. Wolffgang (Münster) und Lothar Ehring, Master of Public Administration (Europäische Kommission, Generaldirektion Außenhandel) geleiteten Veranstaltung war, dass gerade die eindeutige Bestimmung von in den internationalen Übereinkommen verwendeten Begriffen noch ein erhebliches Potential an Streitverfahren birgt. Hierzu erarbeiteten die Teilnehmer gemeinsame Vorschläge und skizzierten Lösungswege. Gegenstand der Referate waren unter anderem der transatlantische Stahlstreit, das Einfuhrverbot für hormonbehandeltes Rindfleisch, die Auftragsvergabe zum Wiederaufbau des Irak oder die aktuelle Diskussion um Sonderwirtschaftszonen.

„Die erzielten Ergebnisse sind durchweg sehr gut, die Veranstaltung in dieser Form ist uns sehr gut gelungen," beschrieb Lothar Ehring das Ergebnis. Auch die Professoren zeigten sich von den Leistungen der Studierenden beider Hochschulen beeindruckt: „Mit unserem Leistungsniveau brauchen wir den Vergleich mit den Universitätsstudenten nicht zu scheuen", betonte Prof. Dr. Rogmann und erntete breite Zustimmung.

Blick in den Seminarraum,
vorne li. L. Ehring (Europ. Kommission), vorne re. Prof. Dr. Wolffgang (Uni Münster)

Teilnehmer waren neben den Wolfenbütteler Studierenden aus der Vertiefungsrichtung "Internationales Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsrecht der EU" und dem Studiengang "Recht der Informationstechnologie und der Kommunikationswirtschaft" vorrangig Nebenfachstudierende des öffentlichen Rechts aus Münster sowie Promotionsstudierende, die ebenfalls aus Münster sowie von der Universität Hannover kamen.

„Diese erste gemeinsame Lehrveranstaltung war ein Experiment, das uns äußerst gut gelungen ist," so Prof. Dr. Rogmann. Weitere Veranstaltungen würden in Zukunft angestrebt. Prof. Dr. Wolffgang erklärte, dass auch er sich weitere gemeinsame Veranstaltungen zum Welthandelsrecht wünschen würde.

Die Teilnehmer des WTO-Seminars vor dem Schloss Eringerfeld mit
L. Ehring (5. von rechts), Prof. Dr. Wolffgang (4. von rechts) und Prof. Dr. Rogmann (2. von rechts)

WJFH wählt neuen Vorstand

Auf der Jahreshauptversammlung des Bundesverbandes der Wirtschaftsjuristen von Fachhochschulen e. V. (WJFH) am 15. Mai 2004 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Neuer Präsident ist Thomas Krause, die Posten der Vizepräsidenten werden von Claudia Szentirmay und Björn Kirsch bekleidet. Als Präsidialmitglieder fungieren Karin Kolb sowie Georg Becker. Schriftführer ist Marco Bug. Der erweiterte Vorstand, der in Ressorts gegliedert ist, besteht aus Tanja Schmelzer-Fischer, Nadine Stolpe, Simone Thrun, Swen Oliver Bäuml, Immo Fietz, Thomas Morr und Martin Schmidt. Mit dieser schlagkräftigen Mannschaft wird der WJFH auch in Zukunft die Interessen der Absolventen und Studierenden der Studiengänge Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen vertreten und sich als Lobbyist engagieren.

Berlin, 22. Juni 2004

„Software und Patente“ - Runder Tisch mit Bundesjustizministerin Zypries

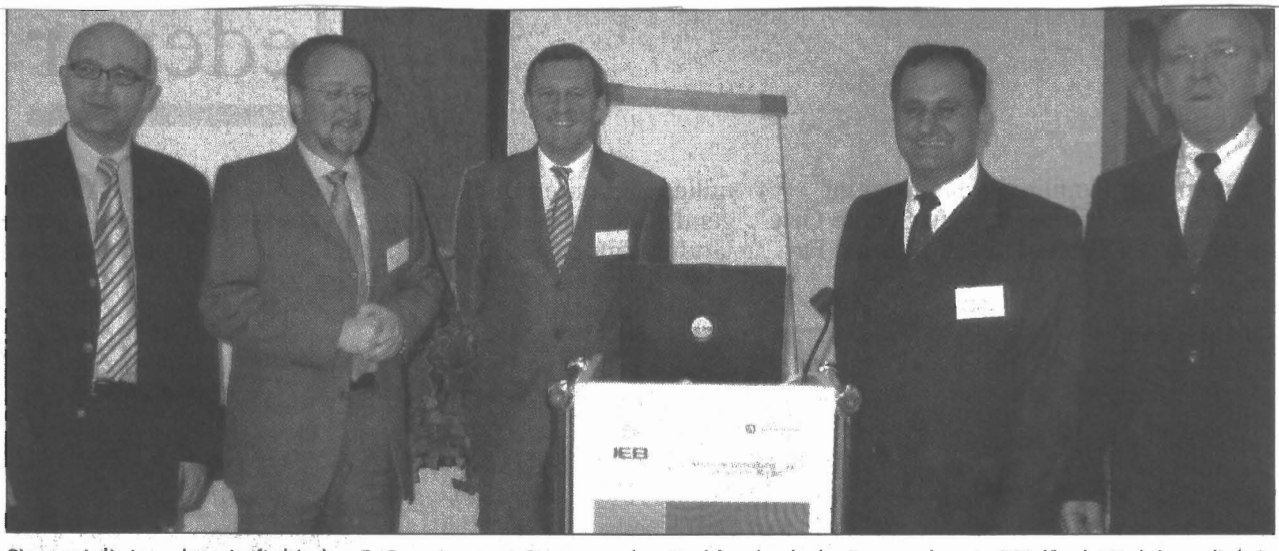
Bundesjustizministerin Brigitte Zypries diskutiert heute mit Vertretern aller Interessengruppen über die Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen, den so genannten Software-Patenten. „Mit diesem runden Tisch möchte ich das gegenseitige Verständnis zwischen Vertretern aus Wissenschaft, Patentpraxis, Gerichten, Wirtschaft und Open-Source-Bewegung fördern. Im Idealfall ergeben sich dabei neue Lösungsansätze, die einen für alle angemessenen Interessenausgleich möglich machen“, sagte Zypries zu Beginn der Veranstaltung.

Der Runde Tisch ist Teil der kooperativen Gesetzgebung des Bundesjustizministeriums auf der Basis des gemeinsamen Standpunktes des EU-Ministerrates zur geplanten EU-Richtlinie. Der „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen" hat nicht nur im politischen Raum Unruhe erzeugt. Es geht dabei um die Harmonisierung des rechtlichen Rahmens für computerimplementierte Erfindungen, ohne bestehende Schutzmöglichkeiten zu erweitern. „Die Bundesregierung unterstützt die Harmonisierung im Interesse der Rechtseinheit und Rechtsklarheit“, so Zypries.

Die Grenzen für die Patentierung Software-gestützter technischer Lösungen sollen enger, in jedem Falle schärfer gezogen werden als bisher. Die Patentierung von Algorithmen oder bloßer Geschäftsmethoden soll ausgeschlossen bleiben. Das Patentrecht will Computerprogramme "als solche" – als Quellcode, Objektcode oder in irgend einer anderen Form – gar nicht schützen. Etwa anderes gilt aber für technische Erfindungen, bei denen auch ein Computerprogramm eine Rolle spielt. Das Programm bildet dann eines von mehreren Bestandteilen der Erfindung, die in ihrer Gesamtheit geschützt wird. Das Antiblockiersystem bei Kraftfahrzeugen ist ein Beispiel. In diesen Fällen erstreckt sich der Patentschutz auch auf das Computerprogramm, weil es Bestandteil der Erfindung insgesamt ist. Im Interesse des Innovationsstandorts Deutschland müssen solche technische Erfindungen patentierbar sein.

Herausgegeben vom Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums der Justiz
Verantwortlich: Eva Schmierer; Redaktion: Ulf Gerder, Dr. Henning Plöger, Christiane Wirtz
Mohrenstr. 37, 10117 Berlin
Telefon 01888 580-9030
Telefax 01888 580-9046
presse@bmj.bund.de

Auszug aus der Braunschweiger Zeitung "Wolfenbütteler Anzeiger" vom 04.11.2004



Sie gestalteten den Auftakt des E-Government-Days an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel (von links): Professor Dr. Winfried Huck (Dekan des Fachbereichs Recht), Landrat Burkhard Drake, der SPD-Bundestagsabgeordnete Wilhelm Schmidt, Professor Dr. Reza Asghari (Leiter des Instituts für E-Business) und Michael Schuster (Leiter E-Government Solution House, Oracle Deutschland). Foto: Karl-Ernst Hueske

Einfacher und schneller

Erster E-Government-Day an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Von Karl-Ernst Hueske

WOLFENBÜTTEL. Am Rednerpult stand auf einem Plakat die Zielrichtung des Themas, um das es beim ersten E-Government-Day in Wolfenbüttel ging: „Moderne Verwaltung zufriedener Bürger".

„Das Wissen um E-Government ist die Grundvoraussetzung einer erfolgreichen Optimierung herkömmlicher Verwaltungsprozesse in der Behörde", erklärte der Schirmherr der Veranstaltung in der Fachhochschule, der SPD-Bundestagsabgeordnete Wilhelm Schmidt.

Doch was ist eigentlich E-Government? Die Antwort auf diese Frage gab Professor Dr. Reza Asghari vom Institut für E-Business am Fachbereich Recht der Fachhochschule: „E-Government ist zentraler Bestandteil einer Verwaltungsreform, die darauf abzielt, Produktivitätspotenziale der öffentlichen Verwaltung mehrschichtig auszuschöpfen. E-Government beschleunigt Verwaltungsprozesse, erhöht die Zufriedenheit der Bürger und senkt Verwaltungskosten."

Ob das in der Praxis auch wirklich klappt, das soll ein Pilotprojekt beim Landkreis Wolfenbüttel (wir berichteten bereits) unter Beweis stellen. Landrat Burkhard Drake ist vom Erfolg dieses Projektes überzeugt: „E-Government wird Verwaltung vereinfachen und beschleunigen." Schon bald könnten die Wolfenbütteler die ersten Formulare über Internet ausfüllen, kündigte er zum Beispiel Veränderungen im Bereich der Kreisvolkshochschule an.

Dort müssen jährlich 10 000 Kursanfragen, 7000 Anmeldungen, 500 Abmeldungen und 200 Kursabsagen bearbeitet werden. Mit Unterstützung des E-Governments soll dies künftig schneller und kostengünstiger erfolgen.

Das Beschwerdemanagement in der Landkreisverwaltung wird wahrscheinlich als erster Verwaltungsbereich in der Landkreisverwaltung umgestellt, erklärte Asghari, der bei den Mitarbeitern der Kreisverwaltung „eine große Begeisterung für E-Government" festgestellt hat: „Das ist eine gute Voraussetzung für die Umsetzung."

Als weiterer Bereich für eine Umstellung käme der Kfz-Anmeldebereich in Frage, berichtete die Erste Kreisrätin Barbara Thiel am Rande der Tagung. Bei der Autoanmeldung sei auch eine Zusammenarbeit mit Salzgitter und Goslar denkbar, regte Schirmherr Wilhelm Schmidt an.

Ein besonderer Tipp kam zudem von Michael Schuster von der Firma Oracle Deutschland: „Sprechen sie in ihrem Pilotprojekt erst über die Ziele, die sie erreichen wollen, und erst danach über die technische Umsetzung."

Dekan Professor Dr. Winfried Huck mahnte in seiner Begrüßung zudem noch eine Zurücknahme des Staates bei Gesetzen an.